

Sozialdemokraten



Service

Datum: 5.11.80 773/80
ji/rp

Presse

Mitteilung für die Presse

**Funk
TV**

Der SPD-Vorsitzende Willy BRANDT gab dem Bonner Korrespondenten des Deutschen Fernsehens, Gerd H. PELLETIER, für die TAGESTHEMEN heute das folgende Interview:

Sperrfrist: 5.11.1980, 22.30 Uhr

Frage: Herr Brandt, normalerweise haben es Regierungen lieber, wenn eine andere Regierung nicht wechselt. Nun hat in Amerika nicht nur die Regierung gewechselt, ein anderer Präsident ist gewählt worden, sondern es war wohl ein deutlicher Rutsch zum Konservativen hin. Ist das etwas, was Sie beunruhigt?

Antwort: Wir sind mit Regierungen in den Vereinigten Staaten gut zu Rande gekommen, unabhängig davon, ob sie demokratisch oder republikanisch waren. Ich hatte ein besonders enges Verhältnis noch als Bürgermeister zu Präsident Kennedy, aber als Bundeskanzler hatte ich es mit dem republikanischen Präsidenten Nixon zu tun. Und gerade unsere schwierigen Dinge zu Beginn der siebziger Jahre sind im Einvernehmen mit einer republikanischen Administration durchgeführt worden. Insofern bleibt alles Wesentliche, was mit dem deutsch-amerikanischen Verhältnis zu tun hat, glaube ich, unabhängig davon, welche Partei im Weissen Haus das Sagen hat, jetzt ja nicht nur im Weissen Haus, sondern auch zum ersten Mal seit sehr vielen Jahren auch in dem wichtigen Senat der Vereinigten Staaten.

Aber wir werden natürlich auch sehr viel davon spüren, welche neuen innenpolitischen Akzente dort gesetzt werden. Das ist ja keine Kleinigkeit, wenn ein Land mit acht Prozent Arbeitslosen und elf Prozent Preissteigerung leben muss.

Frage: Sie haben die Innenpolitik erwähnt, aber aussenpolitisch hat doch der neue Präsident Reagan, im Wahlkampf zumindest, ein paar Richtungen gesetzt, die uns nicht so ganz genehm sein können: die Ablehnung der Ratifizierung des SALT-Vertrages in seiner jetzigen Form, was ja für uns hier - mit der Mittelstreckenproblematik - bedeutet, dass wir uns ja an SALT gebunden haben. Dies wird doch sicherlich Probleme aufwerfen?

Antwort: Wir haben uns nicht nur dafür ausgesprochen, dass dieses zweite Abkommen zur Begrenzung strategischer Waffen ratifiziert wird, sondern wir haben sogar gesagt, meine politischen Freunde und ich: Dies ist für uns eine der Voraussetzungen dafür, dass in der NATO der Prozess weiterläuft, der durch den Dezemberbe-

../2

Sozialdemokratische
Partei
Deutschlands
Der Parteivorstand

Ollenhauerstraße 1
5300 Bonn 1
Telefon (02 28) 5 32-300
Telex 08 86 306

Herausgeber:
Egon Bahr
Redaktion:
Lothar Schwartz